

„Die Waffen nieder!“
Willi van Ooyen sagt:
„Wir bleiben dabei:
Krieg schafft keinen Frieden.
Mit deutschen Waffen werden
Kriege geführt, die Menschen in
die Flucht treiben.“ | Seite 4



Kinder haben alles Recht der Welt

Ein Interview mit Marjana Schott

Warum gibt es eine Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen? Reichen die Menschenrechte nicht aus?

Die Menschenrechte sind wichtig. Es gibt aber bestimmte Rechte, die ganz besonders Kindern zu Gute kommen sollen. Wie das Recht auf Bildung. Oder das Recht, dass Kinder nicht Gewalt ausgesetzt werden dürfen, auch nicht von ihren eigenen Eltern. Kinder und Jugendliche sind keine kleinen Erwachsenen, sondern bedürfen besonderen Schutzes. Ihre Meinung soll aber gehört werden, besonders wenn es um Dinge geht, die sie betreffen.

DIE LINKE. Fraktion hat eine Tagung zu dem Thema durchgeführt. Warum?

Obwohl die Kinderrechtskonvention bereits vor 25 Jahren von Deutschland ratifiziert wurde, ist noch nicht viel passiert. Viele Kinderrechte werden nicht verwirklicht. Zum Beispiel ist ein Fünftel der Kinder in Hessen arm. Das Geld reicht nicht für Schulmateri-



Foto: Rawpixel.com | 724688669 | Fotolia.com

alien, für die Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln, für gesundes Essen oder eine angemessene Wohnung. Wir möchten nicht, dass Kinder in diesem reichen Land so aufwachsen müssen.

Was wollt Ihr mit den Ergebnissen machen?

Was uns besonders wichtig ist: wir müssen Kinderarmut bekämpfen. Arme Kinder haben meist arme Eltern, die arbeitslos sind oder zu wenig Geld verdienen. Da brauchen wir eine Politik,

die Arbeitsplätze schafft. Die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten sollen zu Lasten des Landes abgeschafft werden, dann fällt ein wichtiger Kostenfaktor für die Familien weg.

Ein anderer Kostenfaktor ist das Wohnen. Wir brauchen dringend mehr bezahlbare Wohnungen. Kostenfrei sollten tatsächlich alle Lernmittel für die Schule sein. Dazu gehören auch die Schülerfahrkarten, die kostenfrei sein müssen.

Wie geht es weiter?
Wir hoffen auf viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein gemeinsames Vorgehen gegen Kinderarmut.



Marjana Schott, sozialpolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Schülerticket ist gut – geht aber nicht weit genug

Ein Kommentar von Gabi Faulhaber

Um echte Chancengleichheit zu gewährleisten, muss die Schülerbeförderung kostenlos sein, so wie der Schulbesuch auch. Und das immer – dabei bleiben wir. Dass es mit dem neuen Schülerticket für viele günstiger wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Dennoch ist es noch zu teuer für viele Eltern. In der jetzt eingeführten Form führt es dazu, dass es für die Schülerinnen und Schüler einiger Städte und ganzer Landkreise sogar noch teurer wird als zuvor. Dies ist eine nicht hinnehmbare Mehrbelastung für die Familien. Der Preis für das Schülerticket muss mindestens auf das günstigste bisherige Angebot angepasst werden.

DIE LINKE fordert, dass das Schülerticket auf mittlere Sicht für alle kostenlos ist.

Mindeststandards für Pflegekräfte

Gute Arbeit im Krankenhaus

Die Chance auf einen ersten kleinen Fortschritt tut sich auf: Eine Bundratsinitiative aus dem Saarland fordert Personalmindestzahlen in Krankenhäusern. Selbst Bundesgesundheitsminister Gröhe (CDU) spricht davon, dass in pflegesensitiven Bereichen Personaluntergrenzen eingezogen werden sollen. Nur in Hessen nicht, da lehnen CDU und GRÜNE den Antrag der LINKEN auf mehr Personal in den hessischen Krankenhäusern ab.

Dabei hat die Landesregierung selbst eine Untersuchung in Auftrag gegeben,

die feststellt, dass Hygienemängel, die mangelnde Zuwendung zu den Patientinnen und Patienten sowie fehlende Beratung und Mobilisierung Folgen des Personalmangels sind.

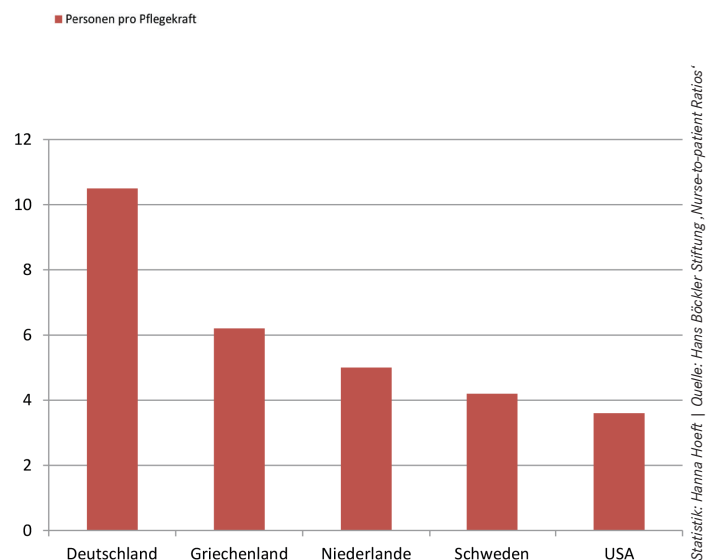
UNTERBESETZT, AUS DER FREIZEIT IN DEN DIENST GERUFEN UND SCHLECHT BEZAHLT

In allen hessischen Krankenhäusern fehlt Personal in der Pflege, in den technischen Bereichen, in der Verwaltung und im ärztlichen Dienst. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können ihre Pausen nicht nehmen, müs-

sen ständig Überstunden machen und werden aus der Freizeit in den Dienst gerufen. All das macht auf Dauer krank. Nicht umsonst wählen viele Beschäftigte die Teilzeit, um die Arbeitsbelastung im Gesundheitsberuf durchzuhalten.

Auch DIE LINKE fordert eine Personalbemessung für alle Bereiche im Krankenhaus. Sie will das Gesundheitswesen von Grund auf erneuern. Es soll Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein und nicht der Gewinnerzielung durch die Privatwirtschaft unterworfen werden.

Anzahl der Krankenhauspatienten, die von einer Pflegekraft betreut werden (müssen)



Statistik: Hanna Hoefl | Quelle: Hans Böckler Stiftung, „Nurse-to-patient Ratios“

Solidarisch mit der HDP Bursa

Zu Gesprächen über die Situation der politischen Opposition in der Türkei traf sich Willi van Ooyen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Hessischen Landtag, mit Vertretern der HDP in Hessens türkischer Partnerprovinz Bursa.

Sie berichteten von Gängelungen und willkürlichen Verhaftungen von Oppositionellen, unabhängigen Journalisten und kritischen Anwälten. 60 von 400 Mitgliedern der HDP in Bursa wurden festgenommen, weil sie sich öffentlich gegen die

Verfassungsänderung positionierten. Van Ooyen sicherte der Schwesterpartei HDP Unterstützung aus Hessen zu: Die Solidarität der Linken gelte den Menschen, die sich für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt in der Türkei einsetzten.



Willi van Ooyen bei der HDP Bursa auf seiner Delegationsreise im März 2017.

Foto: DIE LINKE, Fraktion im Hessischen Landtag

Abschiebung in Krieg und Tod?

Trotz zahlreicher Proteste beteiligt sich Hessen weiterhin an Sammelabschiebungen nach Afghanistan. DIE LINKE hatte im Landtag beantragt, rechtliche Spielräume im Interesse der Flüchtlinge zu nutzen und Abschiebungen in das Bürgerkriegsland für zumindest drei Monate auszusetzen. Das lehnt die schwarzgrüne Landesregierung weiterhin ab. Sie behauptet, es gäbe sichere Gebiete in Afghanistan. Die Sicherheitseinschätzung sei außerdem Sache des Bundes, Hessen sei nur für die Durchführung der Abschiebungen zuständig. Entgegen der hessischen Praxis verweigern allerdings mehrere andere Bundesländer – etwa Thüringen und Schleswig-Holstein – ihre Beteiligung an den Sammel-

abschiebungen des Bundes. Unterstützt wird ihre Haltung durch den aktuellen Lagebericht des UNHCR: Ganz Afghanistan – so das UN-Flüchtlingshilfswerk – sei von einem innerstaatlichen, bewaffneten Konflikt überzogen. Eine Unterscheidung zwischen sicheren und unsicheren Regionen sei schlichtweg nicht möglich.

Für DIE LINKE steht fest: Wer Menschen nach Afghanistan abschiebt, handelt verantwortungslos und setzt das Leben der Betroffenen bewusst aufs Spiel. Diese Abschiebungen müssen sofort ausgesetzt werden. Afghaninnen und Afghanen, die hier leben, müssen einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten und ihre Familien nachholen können.

Nazi-Terror-NSU: Skandal ohne Ende!

Es ist der aufwändigste Ausschuss aller Zeiten in Hessen: Bisher über 50 Sitzungen in drei Jahren, mit 70 Zeugenvernehmungen und fast 2.000 Aktenordnern, davon ca. 500 geheime. Die Fragen: Warum haben die hessischen Behörden, besonders der Verfassungsschutz (VS), so kläglich versagt? Warum war der VS-Mitarbeiter Andreas Temme bei einem NSU-Mord direkt am Tatort? Warum lügt er bis heute? Weiter wird untersucht, warum die Gefahren durch militante Neonazis konsequent heruntergespielt wurden.

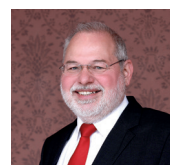
VS-MITARBEITER ÜBEN KRITIK

Bisher haben sich die Vorwürfe gegen den Verfassungsschutz und den damaligen Innenminister Volker Bouffier bestätigt. Selbst einige Mitarbeiter aus Verfassungsschutz und Ministerium üben nun heftige Kritik. Temme habe die Leiche gesehen und lüge deshalb, sagte eine ehemalige Kollegin. Eine andere konnte nicht verstehen, warum er trotz zahlloser Dienstvergehen nicht belangt wurde. Und ein Beamter des Innen-

ministeriums bezeichnete den Verfassungsschutz insgesamt als „Gurkentruppe“.

BOUFFIER MUSS AUSSAGEN

Mit Spannung wird daher die Vernehmung von Ministerpräsident Volker Bouffier am 26. Juni erwartet. Dann wird Bouffier erklären müssen, warum er das Parlament in Bezug auf einen NSU-Mord 2006 belogen und die Polizeiarbeit im Mordfall behindert hat. Als damaliger Innenminister trägt Bouffier zudem die Verantwortung dafür, dass die Gefahr durch militante Neonazis bagatellisiert wurde. Wegen einer erwiesenen Falschaussage vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss hat hessische DIE LINKE-Fraktion in Andreas Temme jetzt verklagt.



Hermann Schaus, Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss DIE LINKE, im Hessischen Landtag

Neues Busterminal für Billigflieger: Droht der nächste Flughafenausbau?



Foto: Gerhard Seybert | 41872126 | fatalia.com

Schneller, billiger, mehr-mehr-mehr! Die Fraport-AG kann den Hals nicht voll genug kriegen – auf Kosten von lärmgeplagten Anwohnerinnen und Anwohnern, aber auch auf Kosten des Bodenpersonals.

Am Frankfurter Flughafen wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer wieder neue Kapazitäten für noch mehr Flugzeuge geschaffen. Letzte Beispiele sind die Nordwestlandebahn und das Terminal 3, das gerade gebaut wird. Die börsennotierte Fraport AG will immer mehr Flieger nach Frankfurt holen, um mehr Profit zu machen.

Jetzt wurde bekannt, dass Fraport schon wieder Pläne hat, einen neuen Terminalbereich zu bauen, in dem Billigflieger abgefertigt werden können. Noch bevor das unnötige Terminal 3 eröffnet, sollen nun also möglicherweise noch mehr Gates an

den bestehenden Terminals eröffnet werden. Das kritisiert Janine Wissler, Vorsitzende der Linksfraktion im Hessischen Landtag: „Das Prinzip bei Fraport lautet: Immer mehr, mehr, mehr. Dabei sind die Grenzen des Wachstums am Frankfurter Flughafen längst erreicht.“

SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN GEFÄHRDEN SICHERHEIT

Dass Fraport jetzt Billigflieger wie Ryanair auch noch mit Rabatten anlockt, ist nicht nur schlecht für die Umwelt. Die Dumpingpraktiken von Ryanair und Co. betreffen auch die Beschäftigten am Flughafen, die dem enormen Kostendruck

durch die Konkurrenz ausgesetzt werden. Wissler dazu: „Dabei geht es nicht nur um schlechte Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bodenverkehrsdienste sorgen sich bereits um die Sicherheit, wenn sie Flugzeuge, die bisher in vierzig bis fünfzig Minuten ent- und beladen wurden, zukünftig in fünfundzwanzig Minuten abfertigen sollen.“



Janine Wissler, verkehrspolitische Sprecherin DIE LINKE, im Hessischen Landtag

Weder Inklusion noch Ganztagschulen –

Hessisches Schulgesetz bleibt hinter allen Erwartungen zurück

Alle fünf Jahre wird das Hessische Schulgesetz überarbeitet. Im Frühjahr 2017 war es wieder so weit. Mit der Novellierung setzt sich die Landesregierung Ziele, die sie in der Schulpolitik erreichen möchte. Zahlreiche Verbände, Lehrkräfte, Eltern, Schülervertretungen und die Bildungsgewerkschaft GEW sind von der Neufassung nicht begeistert. Denn in zentralen Punkten bleibt sie hinter allen Erwartungen und Notwendigkeiten zurück.

Echte Ganztagschulen wären nötig gewesen. Derzeit ist nicht einmal eine von 100 Grundschulen eine echte Ganztagschule. Stattdessen wird der ‚Pakt für den

Nachmittag‘ nun auch noch offiziell ins Gesetz aufgenommen. Dass dies mit Ganztagschule nichts zu tun hat, wissen die Akteure der schwarzgrünen Landesregierung genau. Weder gibt es rhythmisierten Unterricht, noch den garantierten Einsatz von Pädagoginnen und Pädagogen. Dieser ‚Pakt‘ ist nichts weiter als eine dicke, fette Mogelpackung!

KINDER MIT BEHINDERUNG WERDEN BENACHTEILIGT

Im Bereich Inklusion soll es künftig Schwer-

punktschulen innerhalb so genannter Inklusiver Schulbündnisse geben. Dass bedeutet, dass Kinder mit Behinderung wieder nur an einer besonderen Schule anstatt an der nächstge-



Foto: Marco2811 | 75050351 | fotolia.com

lenen lernen können. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung. Inklusion kann durch Exklusion nicht gelingen. So lange die Finanzen im Vordergrund stehen, wird es keine wirkliche schulische Inklusion in Hessen geben.

SCHLECHTE BEZAHLUNG UND ÜBERFORDERUNG DURCH UNTERBESETZUNG – WER WILL JETZT NOCH LEHRER_IN WERDEN?

Leider werden auch andere Probleme nicht angegangen: Im Grund- und Förderschulbereich besteht Lehrermangel. Die Grundschullehrkräfte werden immer noch schlechter bezahlt und weniger anerkannt als ihre Kolleginnen und Kollegen

in anderen Schulformen. Zahlreiche Überlastungsanzeigen und Brandbriefe aus den Schulen werden vom Kultusministerium ignoriert. Wem will man unter solchen Bedingungen den Lehrerberuf schmackhaft machen? So, wie Schwarzgrün das angeht, lässt sich weder Bildungsgerechtigkeit herstellen, noch wird Inklusion und die Integration von Flüchtlingskindern gelingen.



Gabi Faulhaber, bildungspolitische Sprecherin DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Schwarzgrüner Klimaschutzplan ist unzureichend

Der von Menschen verursachte Klimawandel schreitet seit Jahren voran. Unter den sozialen und wirtschaftlichen Folgen leiden zuallererst die Armen. Das gilt für Geringverdienende in Industrieländern wie Deutschland, aber besonders für viele Menschen in den Entwicklungsländern. Um die Erderwärmung zu begrenzen, muss der Treibhausgas-Ausstoß zurückgehen. Um das hessische Zwischenziel – 40 Prozent weniger Treibhausgase als 1990 bis zum Jahr 2025 – zu erreichen, müssten pro Jahr drei Prozent weniger Treibhausgase freigesetzt werden. Aktuell schafft

Hessen nicht einmal eine Minderung um 0,5 Prozent.

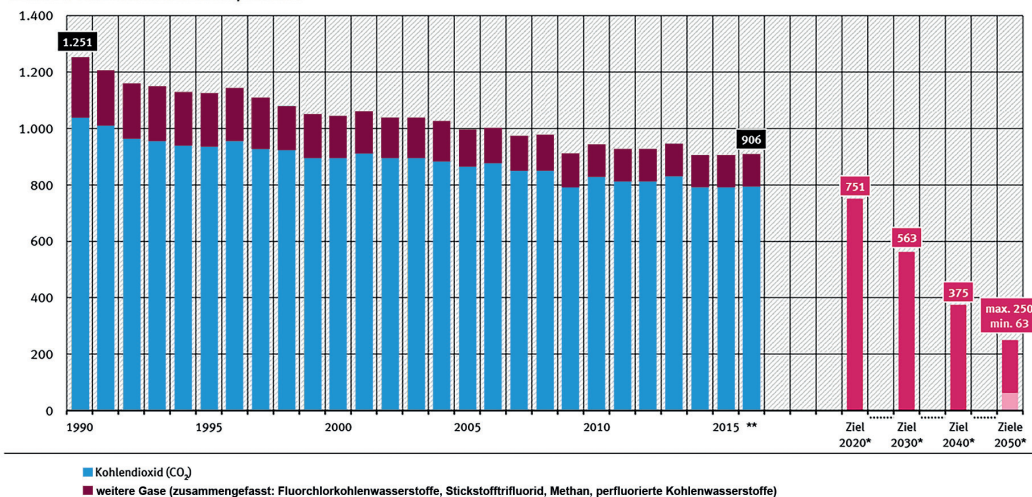
REGIERUNG TRICKST BEI DER BE-RECHNUNG DER TREIBHAUSGASE

Mit dem Klimaschutzplan der schwarzgrünen Landesregierung können die Klimaschutzziele nicht erreicht werden. Der Plan nimmt zu viel Rücksicht auf die Profitinteressen von Industrie und Wirtschaft. Und das Umweltministerium trickst bei der Messung der ausgestoßenen Klimagase. Emissionen für den nach Hessen eingeführten Strom werden nicht berücksichtigt. Mit der gleichen Logik könnte das Öl, das von hessischen Au-

tosverfahren wird, der russischen CO₂-Bilanz zugerechnet werden. Rechnet man den eingeführten Strom ein, hat das Bundesland in 24 Jahren erst eine Senkung der CO₂-Emissionen von 12 Prozent erreicht und nicht von 26 Prozent, wie behauptet. Maßnahmen, die wirklich greifen, werden nicht umgesetzt. So könnten Kurzstreckenflüge gestrichen und auf die Schienen verlagert werden. Ein Nulltarif bei Bussen und Bahnen würde die private Autonutzung verringern. Und klimaschädliche, staatliche Finanzhilfen für die Kohle, den Flugverkehr und die Landwirtschaft könnten abgebaut werden.

Treibhausgas-Emissionen seit 1990

Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente



* Ziele 2020 bis 2050: Energiekonzept der Bundesregierung (2010)

** Schätzung 2016

Quelle: Umweltbundesamt, Nationale Treibhausgas-Inventare 1990 bis 2015 (Stand 02/2017) und Schätzung für 2016 (Stand 03/2017)

Tarif: Innenminister versagt bei Landespersonal

Beim Land Hessen sind über 100.000 Beamtinnen und Beamte und 45.000 Angestellte beschäftigt. Sie arbeiten in den Schulen, bei der Polizei, an Gerichten und im Justizvollzug, bei den Straßenmeistereien oder im Staatswald. Weil zu wenig Lehrer_innen und Polizei-beamt_innen eingestellt wurden, muss das Land Hessen jetzt massenhaft Pensionäre zurück rufen. Für hessische Beamt_innen gilt immer noch die deutschlandweit längste Arbeitszeit von 42-Wochenstunden – während die Gehälter in den letzten zwei Jahren nur um ein Prozent erhöht wurden. Weil andere Bundesländer besser bezahlen, flüchten viele aus dem hessischen Landesdienst in Nachbar-

länder. DIE LINKE hat vor dieser Entwicklung gewarnt. Wir fordern die Rückkehr Hessens in den Tarifvertrag der Länder (TdL) und die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamt_innen. Wir brauchen mehr Personal an den Schulen, bei der Polizei, in der Justiz und auch in den Gesundheitsdiensten.

Die Wochenarbeitszeit muss auf 40 Stunden gesenkt werden. Dass Innenminister Peter Beuth (CDU) nun die Tarifierhöhung in 2017 und 2018 von einem sogenannten Burka-Verbot abhängig gemacht hat, schlägt dem Fass den Boden aus. Politische Forderungen – noch dazu ohne jede praktische Bedeutung – gehören nicht in Tarifverträge!



Foto: Hanna Hoefft

DIE LINKE. Fraktion am 8. Februar auf der Kundgebung von GEW und ver.di für bessere Arbeitsbedingungen der 45.000 Landesbeschäftigten.

„Die Waffen nieder!“

Offene Grenzen für Menschen in Not

Wir bleiben dabei: Krieg schafft keinen Frieden. Mit deutschen Waffen werden Kriege geführt, die Menschen in die Flucht treiben. Diese Kriege verursachen Armut, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung. Durch Sammelabschiebungen von Asylbewerbern in Kriegsgebiete wie Afghanistan wird diese Politik noch auf die Spitze getrieben.

Doch die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig in immer mehr Staaten geschickt. Bis 2030 sollen 130 Milliarden Euro zusätzlich für Rüstung ausgegeben werden. Die in Büchel stationierten US-Atomwaffen werden modernisiert, statt sie endlich zu verschrotten. Gleichzeitig fehlen überall Gelder für Bildung, Soziales und ökologischen Umbau.

Wir wollen zivile Arbeitsplätze statt Kriegsunterstützung. Wir wollen ein Ende aller Rüstungsgeschäfte, das Verbot der Kriegswaffenproduktion und die Förderung ziviler Konfliktbearbeitung. Angesichts der dramatischen Lage mit über 30.000 Toten an den EU-Außengrenzen, mit Hunderttausenden von Soldaten ermordeten Menschen – in den Kriegen seit Anfang der 1990er Jahre – fordern wir: „Die Waffen nieder!“ und offene Grenzen für Menschen in Not!



Willi van Ooyen,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Hessischen Landtag

K+S: Grüne Ministerin hält sich nicht an Gesetze

Die Entsorgung der Abwässer aus der Kalisalzförderung durch K+S ist seit Jahren ein Streitthema. 2011 hatte die Hessische Landesregierung eine weitere Entsorgung in den Untergrund (Versenkung) ausgeschlossen. Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) hatte nachgewiesen, dass dies zur Versalzung des Grund- und Trinkwassers führt.

Am 23. Dezember 2016 erteilte das Regierungspräsidium Kassel dennoch eine weitere Genehmigung zur Versenkung. Weil durch die Versenkung in Hessen auch das Grundwasser in Thüringen versalzt, hat das thüringer Landeskriminalamt im Februar 2017 Akten im

HLNUG sicher gestellt. Es gibt Belege dafür, dass Mitarbeiter des Umweltministeriums das HLNUG aufgefordert haben, eine kritische Stellungnahme zu entschärfen. Statt die Umweltgesetze einzuhalten und eine weitere Versenkung zu verhindern, entpuppt sich die grüne Umweltministerin Priska Hinz als treibende Kraft für diese gesetzeswidrige Abwasserentsorgung.

Um die Arbeitsplätze in der Kaliindustrie langfristig zu sichern, muss der Konzern endlich umweltfreundlichere Produktionsverfahren anwenden. Eine Umweltministerin, die die Umweltgesetze nicht einhält, gefährdet auch die Arbeitsplätze bei K+S.



Foto: Reddags | 88002559 | fotolia.com

„Behalte ein fröhliches Herz“

Van Ooyen legt Mandat nieder | Schalauske rückt nach

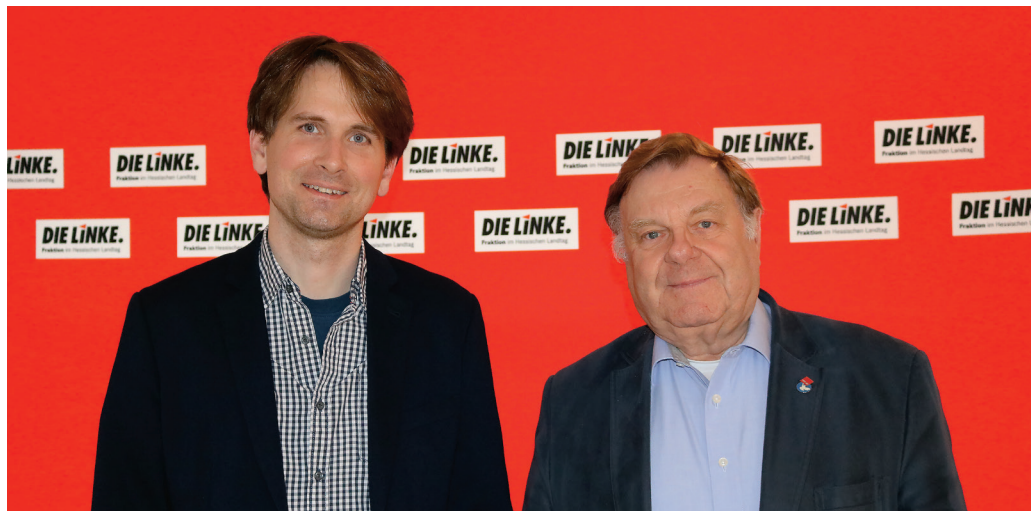


Foto: Hanna Hoefl

Willi van Ooyen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag hat sein Mandat niedergelegt. Der 70-jährige geht in den selbstgewollten (Un-)Ruhestand und will sich auch weiterhin in der Friedens- und anderen sozialen Bewegungen en-

gagieren. Der langjährige Koordinator der Ostermärsche war seit dem Einzug der LINKEN in den Landtag 2008 deren Vorsitzender.

Für ihn rückt **Jan Schalauske** aus Marburg nach. Schalauske ist 37 Jahre alt und Landesvorsitzender der LIN-

KEN in Hessen. Er ist Stadtverordneter in Marburg und dort Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken.

Der Politikwissenschaftler Schalauske übernimmt die Bereiche Haushalt und Finanzen sowie Europapolitik von van Ooyen.

„Es rettet uns kein höh'eres Wesen ...“ – auch nicht in der Hessischen Verfassung

Zeitweise war den hessischen Medien die Frage eines Gottesbezugs in der Verfassung scheinbar das wichtigste Thema. Dabei gibt es selbstverständlich viel Bedeutsameres zu diskutieren. Zum einen bleiben wir dabei, dass nicht der Verfassungstext überarbeitet werden muss, sondern vielmehr die Verfassung endlich in reale Politik umgesetzt werden muss. Zum anderen thematisieren wir im Verfassungskonvent, wie die guten Formulierungen noch konkreter oder zeitgemäßer werden können.

Zwei Beispiele. Beispiel 1: In der Verfassung steht als Grundrecht: „Die Wohnung ist unverletzlich.“ Wir sagen: Genau, und deswegen brauchen wir ein Grundrecht auf Wohnen, denn es gibt keine Möglichkeit in unserem Gemeinwesen zu leben, ohne dass man wohnt. Und dazu gehört, dass Wasser oder Strom nicht abgestellt werden dürfen. Mieterverdrängende Wohnungsleerstände, die Wohnraumvernichtung, der

Verkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und die Umwandlung in Eigentumswohnungen konterkarieren das Recht auf Wohnen.

VOLKSBEGEHREN – KEIN EINFACHES UNTERFANGEN IN HESSEN

Beispiel 2: In Artikel 71 heißt es: „Das Volk handelt nach den Bestimmungen dieser Verfassung unmittelbar durch Volksabstimmung (Volkswahl, Volksbegehren und Volksentscheid) ...“ Doch real hat Hessen die höchste Hürde für Volksbegehren bundesweit! 20 Prozent aller hessischen Wählerinnen und Wähler müssen sich binnen zwei Monaten auf dem Amt für ein Volksbegehren eintragen. Diese Hürde ist noch nie überschritten worden. D.h. die derzeitige Praxis, die Volksentscheide nahezu unmöglich macht, verletzt die Verfassung. Das zu korrigieren, ist die Aufgabe des Verfassungskonvents. Das alles ist wichtiger, als über Gott zu reden, in einer Zeit, in der über ein Drittel der Bevölkerung keiner Re-

ligionsgemeinschaft mehr angehört. Die Verfassung ist für alle da – auch für die Gottlosen.

„... Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!“ singen wir weiter – die Hessische Verfassung gibt uns dafür einen exzellenten Ausgangspunkt.



Ulrich Wilken, rechtspolitischer
Sprecher DIE LINKE
im Hessischen Landtag

IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon 0611-350 60 90
Fax 0611-350 60 91
die-linke@ltg.hessen.de
linksfraktion-hessen.de

Redaktion: H. Hoefl, T. Klein
und J. Cezanne
Gestaltung: H. Hoefl
Druck: Mediaservice